

Die Bundesregierung hat es heute versäumt, die Vermittlung in Arbeit und die Arbeitsanreize zu verbessern

Ntv News Spezial 17.12.2025, 16:30 Uhr live

In der heutigen Kabinettsitzung wurde eine Reform der Grundsicherung beschlossen. So soll das von der Ampelkoalition eingeführte Bürgergeld nach drei Jahren abgeschafft werden. Konkret soll die Karenzzeit für die Heranziehung von Vermögen und die Überprüfung der Angemessenheit des Wohnraums abgeschafft werden. Auch werden Sanktionen insbesondere für Totalverweigerer verschärft – bis hin zur vollständigen Kürzung der Mittel nach der mehrfachen Verweigerung, Termine beim Jobcenter wahrzunehmen.

Ein wesentlicher Einspareffekt ist durch die Sanktionierung nicht zu erwarten, weil der Anteil der Totalverweigerer unter ein Prozent liegt. Stattdessen wird durch das Einfrieren der Höhe der Regelsätze eingespart – bereits in diesem Jahr kam es zu keiner Anhebung. Dadurch sinkt die reale Kaufkraft der Grundsicherungsbezieher. Ebenfalls wird – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – das Bürgergeld für neu ankommende ukrainische Flüchtlinge auf das Niveau der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abgesenkt. Das entspricht in etwa einer 20 %-igen Kürzung der Mittel.

Jedoch hat es die Bundesregierung versäumt, die Arbeit in den Jobcentern zu entbürokratisieren, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Zeit für die Vermittlungstätigkeit haben. Stattdessen werden weiterhin Bescheide von – in Einzelfällen – über hundert Seiten erstellt, die häufig geändert werden, sobald sich Details in der Berechnung verändern. Dabei ist aus der Forschung bekannt, dass mehr Vermittlungszeit der zentrale Hebel für die Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen befindet.

Auch bleibt das Behördenlabyrinth unangetastet. Antragsteller werden vom Jobcenter zum Wohnungsamt geschickt, um dort einen Wohngeldantrag zu stellen. Wenn sie Kinder haben, kommt die Familienkasse wegen Kindergeld und Kindergeldzuschlag ins Spiel. Und wenn der Antrag vom Jobcenter positiv beschieden ist, lohnt sich die Aufnahme von Arbeit wegen restriktiver Anrechnungsregeln nur sehr bedingt: Wenn der Mehrverdienst zu einer Reduzierung des Wohngelds und der Grundsicherung führt, dann bleibt netto häufig kaum mehr übrig als brutto hinzuverdient wird.

Die Politik hat es versäumt, an die zentralen Baustellen der Grundsicherung zu gehen. Stattdessen wurden – durch Massenmedien und social media getriebene – Gerechtigkeitsvorstellungen Rechnung getragen: Tatsächlich zeigen repräsentative Umfragen, dass die Abschaffung der Karenzzeit und die Verschärfung der Sanktionen von einer Mehrheit befürwortet wird.

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.